

Der seltsame Diskurs des Herrn Frühling (Auszüge)

Der UNO-Vertreter für Menschenrechte in Kolumbien, Michael Frühling, hatte öffentlich gegen beabsichtigte gewaltsame Versuche der Befreiung von Geiseln Stellung genommen, weil dadurch das Leben der Geiseln in Gefahr gerate und empfohlen, stattdessen nach Verhandlungslösungen mit der FARC zu suchen (Vgl Kurzmeldung vom 15.6.05).

In "El Tiempo" erschien am 16.6.05 dazu dieser sehr energische Kommentar von Rafael Nieto Loaiza:

Ich schicke voraus, dass ich nichts für pseudo-nationalistische Positionen übrig habe, wenn es um den Schutz von Menschen geht. Angesichts des heute gültigen internationalen Rechts kann kein Staat unter dem Vorwand seiner Souveränität oder des Grundsatzes der Nichteinmischung in seine internen Angelegenheiten sich für Verletzungen der Menschenrechte oder die Nichtbeachtung des internationalen humanitären Rechts entschuldigen.

Außerdem unterhält der Hochkommissar der UNO für Menschenrechte ein Büro in Kolumbien, was zeigt, dass unsere Regierungen die UNO darum gebeten haben.

Dies vorausgeschickt, glaube ich, es ist der Moment gekommen, nachzudenken über die Erfolge dieses Büros und die Richtung, in die es operiert. Die Gründe dafür sind vielfältig, darunter sind auch einige lange bekannte, wie die nicht immer neutralen Berichte des Büros, die im Übermaß gegen den Staat und weniger gegen die illegalen bewaffneten Gruppen gerichtet sind, obgleich letztere etwa 98% der Menschenrechtsverletzungen begehen.

Nun gibt es aber zwei wichtige kürzlich veröffentlichte Erklärungen des Hochkommissars, die Anlass geben, die Alarmlichter einzuschalten und sich Gedanken über seine Zukunft zu machen. In einer dieser Erklärungen, aus Anlass des FARC-Angriffs auf Toribío, beharrt er darauf, "man hätte keine Einrichtungen der Staatsmacht in einem von Zivilisten bewohnten Gebiet errichten dürfen". Das heißt, es darf keine Polizeistationen in urbanen Zonen geben.

Auf diese Weise kehrt der Hochkommissar die Verantwortung ins Gegenteil um, die bei der FARC liegt, weil sie die Ortschaft angegriffen hat und suggeriert, die Gefährdung der Bevölkerung gehe von der Anwesenheit der Polizei und nicht von terroristischen Angriffen aus.....

Es scheint, das Büro der UNO wünsche die Rückkehr zu Verhältnissen wie sie vor 2002 herrschten, als 15% aller Gemeinden Kolumbiens keinen Polizeiposten hatten.....

In dieser Woche hat Michael Frühling, der Direktor des Büros, einen anderen tollen Vorschlag gemacht, als er darauf bestand, es dürften keine Aktionen zur Geiselbefreiung unternommen werden, da diese deren Leben gefährdeten. Darauf muss man zunächst entgegnen, dass Geiselnahme ausdrücklich nach dem internationalen humanitären Recht verboten ist und außerdem, dass dieses Recht keine Beschränkungen für Aktionen zur Geiselbefreiung vorsieht, abgesehen von der selbstverständlichen, dass alle Maßnahmen so angelegt sein müssen, dass die Geiseln lebend befreit werden können.

Keine Aktion zur Geiselbefreiung ist ohne Gefahr - wie es auch keine andere Militär- und Polizeiaktion ist- weil sie Gewaltanwendung einschließt. Diese Risiken dürfen aber nicht jede Aktion der Staatsgewalt ausschließen.

Worauf Frühling seine Haltung stützt, bleibt ein Rätsel, aber es ist klar, dass sie nicht auf dem internationalen humanitären Recht aufbaut. Dies nämlich sagt klar, dass seine Vorschriften nicht dazu benutzt werden dürfen, "die Verantwortung zu verringern, die der Regierung zukommt, Gesetz und Ordnung des Staates aufrechtzuerhalten oder wiederherzustellen und die nationale Einheit und territoriale Integrität zu verteidigen".

Die Positionen des Hochkommissars stehen nicht allein im Widerspruch zu dem Recht, das er verteidigen soll, sondern ihre praktischen Konsequenzen sind ungeeignet und unmoralisch, weil sie die Schutzlosigkeit der Bürger, die Ausweitung der Praktiken der Entführung (Man stelle sich vor, was geschähe, wenn Entführer wüssten, es werde nichts zur Rettung ihrer Geiseln unternommen!) und die Vernachlässigung der ersten Pflicht des Staates, nämlich der Anwendung aller verfügbaren legalen Mittel zum Schutz seiner Bürger vor Verbrechen und Gewalttätern, fördern.....